



Martina Röder
Vorsitzende des geschäftsführenden
Vorstandes des Deutschen
Pflegeverbandes (DPV)

Editorial

Liebe Mitglieder, liebe Interessierte,

seit einigen Jahren herrscht ein Ungleichgewicht: Immer mehr Pflegebedürftige werden unter Bedingungen der Personalknappheit versorgt. Insbesondere seit der Corona-Pandemie und der eingeführten Impfpflicht hat sich das Problem drastisch verschärft. Die Länder Bayern, Sachsen, Thüringen und Baden-Württemberg fordern ein Ende der einrichtungsbezogenen Corona-Impfpflicht und wenden sich dafür an Gesundheitsminister Lauterbach, passiert ist bislang noch nichts. Dieses Anliegen wird vom Deutschen Pflegeverband e.V. befürwortet und unterstützt.

Zu zentralen Problemen gehören auch die Arbeitsbedingungen, die wir als Verband immer wieder in den Blickpunkt rücken. Pflegekräfte wollen gute Arbeit leisten und können dieses nicht, wenn die Personalbemessung nicht stimmt. Vor einem Jahr, nach der Neuwahl der Bundesregierung, haben wir darauf hingewiesen, dass eine einmalige Bonuszahlung nicht ausreicht, um qualifiziertes Pflegepersonal zu halten. Auch der Entwurf des Krankenhauspflegeentlastungsgesetzes und dessen Umsetzung beinhaltet nicht vollumfänglich alle Bereiche der Krankenhauslandschaft. Zusätzlich zeigen die Auswirkungen von Inflation und Energiekrisen ein ängstiges Bild und sind für die Einrichtungen ein existenzielles Risiko. Benötigt wird ein Soforthilfefond für soziale Einrichtungen und Dienste, um Schließungen zu vermeiden und Planungssicherheit für das nächste Jahr zu gewährleisten. Bund und Länder müssen die Mittel schnell und unkompliziert zur Verfügung stellen, dafür setzen wir uns als Verband ein. Die Pflege und Akutversorgung sind ein wichtiger Motor im Gesundheits- und Sozialbereich und wir erwarten von der Politik eine Sicherung des Systems.

Zum Jahresende bedanken wir uns bei Ihnen für Ihr Vertrauen und wünschen Ihnen und Ihren Familien Gesundheit, Glück, Wohlergehen und Erfolg für das Neue Jahr!

Ihre

Martina Röder
Vorsitzende des geschäftsführenden Vorstandes



Danke!

„Die großen Augenblicke sind die, in denen wir getan haben, was wir uns nie zugetraut hätten.“ – Marie von Ebner-Eschenbach

In diesem Sinne:

Zum Weihnachtsfest glückliche und besinnliche Stunden.

Zum Jahresende Dank für Ihr Vertrauen und Treue.

Zum neuen Jahr Gesundheit, Glück, Erfolg und weiterhin gute Zusammenarbeit!

© Melica stock.adobe.com



Inhalt

- 1 • Editorial
- 2 • 9. Deutscher Pflegetag
Pflege am Scheideweg: Aufbruch oder Abgrund!
- 3 • Deutscher Pflegepreis 2022 verliehen
- 4 • Bayern, Sachsen, Thüringen: Ende einrichtungsbezogener Corona-Impfpflicht gefordert
- 5 • Infektionsschutz: Hinweise zum Verfahren
• Internationaler Tag der Menschenrechte
- 6 • Pflegefachtag: Neues aus Betreuungs- und Vollmachtsrecht
• Was hat Ernährung mit Wundheilung zu tun?
- 7 • Veranstaltungen
• Auszeichnung für Irene Meyenburg-Altward
- 8 • Impressum

9. Deutscher Pfl egetag

Die Pflege am Scheideweg: Aufbruch oder Abgrund!

„Die Mahnungen der letzten Jahre haben nicht dazu beigetragen, in der Politik mutige Lösungen voranzubringen. Mutig heißt: eine grundlegende Reform unseres Gesundheitssystems ist überfällig“, betonte Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pfl egerates e.V. (DPR), zur Eröffnung des 9. Deutschen Pfl egetages. Der DPR stellte aktuelle Forderungen an die Bundesregierung.

„Sollte die benötigte Unterstützung durch die Politik nicht kommen, wird pflegerische Versorgung in Zukunft nicht mehr ausreichend stattfinden. Was wird dann passieren, beispielsweise in den Kliniken? Operationen werden nicht durchgeführt werden können, Krebskranke auf ihre Behandlungen warten müssen und die Wartezeiten auf lebensqualitätsverbessernde Maßnahmen von Wochen zu Jahren wachsen – weil Pflegendе fehlen. Und in der ambulanten Versorgung? Menschen könnten verhungern, verdursten und im besten Falle nur von sozialer und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden. Und wir werden unsere pflegebedürftigen Angehörigen in keinem Heim mehr unterbringen können, sondern zu Hause versorgen müssen – mit allen Konsequenzen. Pflege wird eine Frage von Arm und Reich sein.“

Die Profession Pflege stehe heute an einem Scheideweg: Richtung Aufbruch oder Abgrund, so Christine Vogler, am 6. Oktober 2022 vor rund 2.000 Teilnehmenden vor Ort in Berlin. Der Deutsche Pfl egerat e.V. habe daher vier zentrale Forderungen an die Bundesregierung.

Pflege braucht mehr Befugnisse

Pflege ist ein professioneller Heilberuf und fußt auf einer fundierten Ausbildung. Das muss sich im Berufsalltag durch mehr Entscheidungsbefugnisse im Umgang mit Patient*innen widerspiegeln. Die Pflege kann derzeit ihre Kompetenz und Professionalität nur eingeschränkt ausüben. Hier liegt ein großes Potenzial brach. Ändert sich dies nicht, wird die eigentliche pflegerische Fachkompetenz der Bevölkerung systematisch verweigert. Im Koalitionsvertrag steht, dass die Koalition ein Allgemeines Heilberufegesetz auf den Weg bringen will. Das ist der richtige Weg und er muss sofort und konsequent beschritten werden. Das bedeutet: Ausgebildete Pflegefachpersonen übernehmen die pflegerische Versorgung souverän, selbstständig und eigenverantwortlich. Sie können beispielsweise impfen, Heil- und Hilfsmittel, sowie definierte Medikamente bei Erkältungen, Schmerzen verschreiben oder empfehlen. Das ist international längst Standard. Ein solches Gesetz würde die Pflege- und Therapieberufe befähigen, eine qualitativ bessere Versorgung zu sichern. Die Attraktivität und Wertschätzung des

Berufes ließen sich steigern, da Zusammenarbeit auf Augenhöhe entsteht. „Ich fordere die Bundesregierung daher an dieser Stelle auf, den Koalitionsvertrag zu erfüllen und das Allgemeine Heilberufegesetz schnellstmöglich voranzubringen“, so die Präsidentin des DPR.

Weg zur Mündigkeit

Der unterschwellige Vorwurf der „Undankbarkeit“ der Pflege angesichts kürzlich umgesetzter Reformen zeugt von der unmündigen Behandlung eines ganzen Berufsstandes. Aus dieser Unmündigkeit muss die Pflege entlassen werden. Dazu gehört, dass die Länder die Selbstverwaltung in der Pflege (Pflegekammern) zwingend anordnen müssen. „Bis heute herrscht eine Haltung in der Politik vor, der Pflege die gleichberechtigte strukturelle Stimme zu verweigern“, beklagt Christine Vogler. „Wir brauchen die Selbstverwaltung der Pflege in allen Bundesländern. Unabhängig von Personen- und Parteiüberzeugungen. Nur Pflege kennt sich letztlich mit Pflege aus – gibt uns endlich die Gesetze dazu und finanziert den Aufbau, damit nicht die Zerschlagung schon im Keimprozess entsteht.“

Bessere Arbeitsbedingungen

Strukturschwächen in der Pflege müssen beseitigt werden, um einen Kollaps unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Dazu zählt nicht nur eine bessere Bezahlung, sondern auch die faktische Verbesserung von Arbeitsbedingungen, Personalausstattung und Ausbildung. Diese und weitere strukturelle Probleme führen dazu, dass im Alltag für die Kernaufgaben der Pflege kaum Zeit bleibt und sich ein negatives Berufsbild verfestigt hat. Christine Vogler: „Pflegende lernen, die Verletzungen des Ge-



Silvia Böhme, Martina Röder, Irene Meyenbögg-Altswarg (v.l.n.r.) vertreten den Deutschen Pfl egerverband e.V. auf dem 9. Deutschen Pfl egetag

botenen als Normalfall anzusehen. Sich ständig unter Niveau anpassen zu müssen und gespiegelt zu bekommen, dass angemessene pflegerische Arbeit im System keinen Stellenwert besitzt, ist zerstörend. Wir fordern deshalb entsprechende Nachbesserungen im Referentenentwurf des Krankenhauspflegeentlastungsgesetzes und Klarstellungen zu den vielen offenen Fragen.“

Einheitliche Bildungsstrukturen

Es herrscht Bildungschaos: Absprachen zur Vereinheitlichung in den Bundes-

ländern existieren nicht. Die Sonderwege der Abschlüsse im Pflegeberufgesetz führen dazu, dass das Gesetz ausgehöhlt wird und primärqualifizierende Studiengänge sterben, bevor sie sich richtig entwickeln können. Der Bestand an Fakultäten, Studiengängen und Studierenden reicht nicht aus, um den Bedarf zu decken. Die Bundesregierung ist in der Verantwortung, die Bildungsarchitektur in der Pflege gemeinsam mit dem DPR und den existierenden (und neu zu gründenden) Landespflegekammern zu gestalten.

Die Pandemie habe die gesellschaftliche Wertschätzung gezeigt – das sei erfreulich, aber unzureichend, so Jürgen Graalmann, Geschäftsführer und Organisator des Pflegetages. „Aus Systemrelevanz muss eine nachhaltige Stärkung der Attraktivität des Berufsbildes Pflege erwachsen. Es darf doch uns als Gesellschaft nicht kalt lassen, dass jährlich über 55.000 Auszubildende den Pflegeberuf wählen, dann aber zu viele ihn frustriert frühzeitig wieder verlassen.“

deutscher-pflegerat.de

Deutscher Pflegepreis 2022 verliehen

(Berlin) Ein Preis für die Pflege: Am 6. Oktober 2022 konnten sich wegweisende Projekte und Persönlichkeiten über die höchste nationale Auszeichnung in der Pflege freuen. Ganz nach dem Motto des diesjährigen Deutschen Pflegetags „Aufbruch statt Abgrund – aus Systemrelevanz Zukunft gestalten“ bot die Verleihung des Pflegepreises dafür eine Bühne. Knapp 1.000 Zuschauer*innen wohnten der Verleihung im City-Cube Berlin und über Livestream bei und würdigten die Profession und die Menschen, die sie prägen.

Deutscher Pflegepreis – Preisstifter: Deutscher Pflegerat

Seit 1999 verleiht der Deutsche Pflegerat e.V. den Deutschen Pflegepreis an Persönlichkeiten und Institutionen, die sich durch ihr Wirken um die Pflege und das Hebammenwesen in Deutschland besonders verdient gemacht haben. Der Preis ehrt ihre Arbeit und ist die höchste nationale Auszeichnung in der Pflege. Er setzt wichtige Akzente und würdigt Meilensteine zur Bewältigung der Herausforderungen in der Pflege.

Der Deutsche Pflegepreis 2022 wurde ALLEN PFLEGEFACHPERSONEN verliehen. Damit ist eine große Dankbarkeit und Wertschätzung für die enormen Leistungen der Pflegenden verbunden, betonte DPR-Präsidentin Christine Vogler. Sie leisten für die Gesellschaft einen unverzichtbaren Beitrag. Sie stemmen sich gegen die unzu-

reichenden Arbeitsbedingungen, die sie oft an ihre Belastungsgrenzen führen – und die ihre Gesundheit gefährden, heißt es in der Begründung. „Wir alle sind aufgefordert, stetig für gute Arbeitsbedingungen in der Pflege einzutreten. Alle Pflegefachpersonen haben es verdient, auf ihren Beruf stolz zu sein.“

Innovationspreis – Preisstifter: Sparkassen Finanzgruppe

Plötzlich pflegebedürftig – eine Lebenssituation, die Fragen aufwirft: Wie bleibe ich selbstbestimmt? Wo lebe ich und werde gepflegt? Wie schütze ich meine Angehörigen vor der Belastung? Seit 2017 fördert der Krankenversicherungspartner der Sparkassen-Finanzgruppe, die Union Krankenversicherung – UKV, mit dem „Innovationspreis“ zukunftsweisende Projekte in der Pflege.

„Unser Preisträger 2022 ist die AWO Erzgebirge gGmbH mit ihrem Projekt Unner Haamit, unner Ort, unner dramm‘. Es zeigt in beeindruckender Weise, dass das Bemühen um gutes Altern zuhause auch unter erschwerten Bedingungen wie auf dem Land gelingen kann“, sagt Katharina Jessel, Vorstandsmitglied der Union Krankenversicherung – UKV, zur Preisverleihung.

Im Vergleich aller Bundesländer ist die sächsische Bevölkerung am ältesten. Der Anteil teils immobiler, teils alleinlebender Älterer unter den 3.100 Ein-

wohnern nimmt auch in der ländlich geprägten Gemeinde Stützengrün im Erzgebirge stetig zu. Seit fünf Jahren kümmert sich das Siegerprojekt darum, Lösungen für diese Probleme anzubieten. 2017 gründeten die Gemeinde Stützengrün und die AWO Erzgebirge gGmbH gemeinsam das Projekt. Der Gemeindegemeinderat holte die örtliche AWO mit ins Boot. Vor dem Start wurden die Bürgerinnen und Bürger gefragt, was ihnen vor Ort für ein gutes Altern fehlt. Ein Ergebnis war, dass sich viele Senioren einsam fühlen, seit Pandemiebeginn in verstärktem Maße. Bis heute ist deshalb das Hauptziel des Projekts, soziale Kontakte und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. „Der Innovationspreis ist eine Wertschätzung für das großartige Engagement der Kolleginnen und Kollegen vor Ort, aber auch für unsere Region und die dort lebenden Menschen“, so Preisträger Karsten Wilhelm, Geschäftsführer der AWO Erzgebirge gemeinnützige GmbH. „Es erfüllt mich mit Stolz, ein so engagiertes Team hinter mir zu wissen.“

Der Deutsche Pflegepreis würdigt jedes Jahr Personen und Institutionen, die sich durch ihr Engagement für die Profession hervorgetan haben, Veränderungen anstoßen und Öffentlichkeit schaffen für die Belange der Pflege.

deutscher-pflegetag.de

Bayern, Sachsen, Thüringen

Ende einrichtungsbezogener Corona-Impfpflicht gefordert

Parteiübergreifend haben die Gesundheitsministerien in Bayern, Sachsen und Thüringen ein Ende der einrichtungsbezogenen Corona-Impfpflicht gefordert. In einem gemeinsamen Brief auf Initiative Sachsens an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) verlangen die Landesminister, die Regelung zum 1. Januar 2023 auslaufen zu lassen.

Sachsens Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD), Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek (CSU) und Thüringens Gesundheitsministerin Heike Werner (Die Linke) sind überzeugt: Die einrichtungsbezogene Impfpflicht bringe „mehr Schaden als Nutzen“. Sie sei zudem nicht mehr zu rechtfertigen, heißt es als Begründung in einer Mitteilung der Ministerien. So sei sie stets nur als Vorläufer einer allgemeinen Impfpflicht gedacht gewesen. Da diese aber politisch gescheitert sei, gebe es keine Rechtfertigung für eine einrichtungsbezogene Impfpflicht. Insbesondere mit Blick auf die Versorgungssicherheit und den „enormen“ Verwaltungsaufwand für Einrichtungen und Gesundheitsämter sei eine Verlängerung über Ende 2022 abzulehnen. Anstatt an der einrichtungsbezogenen Impfpflicht festzuhalten, sollte die Bun-

desregierung dazu übergehen, Anreize für Auffrischungsimpfungen mit angepassten Impfstoffen für alle zu schaffen.

Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegebereich fair behandeln

„Die einrichtungsbezogene Impfpflicht bringt uns mehr Schaden als Nutzen. Wir brauchen jede verfügbare Arbeitskraft in Medizin, Pflege und Eingliederungshilfe. Wir können es uns nicht erlauben, mit einer mittlerweile völlig überholten Maßnahme diesen Bereich weiter zu strapazieren, indem wir dringend benötigtes Fachpersonal aber auch Auszubildende in andere Berufe oder ins benachbarte Ausland verdrängen“, so Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek. Denn Fakt sei: „Die einrichtungsbezogene Impfpflicht war immer nur als Vorläufer einer allgemeinen Impfpflicht gedacht. Da die

allgemeine Corona-Impfpflicht aber politisch gescheitert ist, gibt es auch keine Rechtfertigung für eine einrichtungsbezogene Impfpflicht mehr. Wir sind es den Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich schuldig, sie in dieser Frage fair zu behandeln und nicht ohne jede Not einseitig zu belasten.“

Verlängerung nicht zu rechtfertigen

Sachsens Gesundheitsministerin Petra Köpping: „Die einrichtungsbezogene Impfpflicht ist unter dem Einfluss der Delta-Variante mit hohen Erkrankungs- und Todeszahlen sowie schweren Verläufen und einer enormen Auslastung der Behandlungskapazitäten beschlossen worden. Heute haben sich mit der Omikron-Variante die Voraussetzungen geändert.“ Köpping weiter: „Gerade mit Blick auf die Versorgungssicherheit, aber auch auf den enormen Verwaltungsaufwand für die Einrichtungen und Gesundheitsämter lehne ich eine Verlängerung über Ende 2022 ab. Sie ist schlicht nicht zu rechtfertigen. Wir wollen, dass die Menschen in den Pflegeeinrichtungen bestmöglich versorgt werden. Und dazu brauchen wir jede Pflegekraft. Wir können auf niemanden verzichten. Darüber hinaus leiden auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter den Diskussionen.“

Anreize für Auffrischungsimpfungen

Die weitere Durchsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht werde unter den derzeit geltenden Regelungen allein auf dem Rücken derer ausgetragen, die unser Gesundheitssystem in den vergangenen Jahren am Laufen gehalten haben, betont Thüringens Gesundheitsministerin Heike Werner. „Bereits



Bayern, Sachsen und Thüringen fordern ein Ende der einrichtungsbezogenen Impfpflicht

Anfang September habe ich mich daher persönlich mit einem Brief an den Bundesgesundheitsminister gewandt mit der Bitte, bundeseinheitlich Klarheit zur Zukunft der einrichtungsbezogenen Impfpflicht zu schaffen und eine Aufhebung dieser anzustreben.“ Eine Antwort stehe leider bis heute aus. Es sei

jedoch wichtig, in diesem Punkt schnellstmöglich zu einem guten Ergebnis für die Beschäftigten zu kommen. „Anstatt an dem Konstrukt der einrichtungsbezogenen Impfpflicht festzuhalten, sollten wir dazu übergehen, Anreize für Auffrischungsimpfungen mit angepassten Impfstoffen für

alle zu schaffen“, erklärt Ministerin Heike Werner.

Mehr Informationen zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht unter: [bundesgesundheitsministerium.de](https://www.bundesgesundheitsministerium.de).

[bayern.de](https://www.bayern.de)

Internationaler Tag der Menschenrechte

(Harztor) „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ – heißt es im ersten Kapitel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Die Idee der Menschenrechte ist eine der wichtigsten Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens. Weltweit kommt es regelmäßig zu Menschenrechtsverletzungen und die Idee universeller Menschenrechte steht immer wieder im Zentrum heftiger Debatten. Für den 10. Dezember hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen daher den Internationalen Tag der Menschenrechte, auch bekannt als „Human Rights Day“, ausgerufen.

Seit der Erklärung der Menschenrechte gilt deren Einhaltung als Ziel und Aufgabe für alle Völker dieser Welt. Die Menschenrechte sind angeboren und besagen, dass alle Menschen frei und gleich an Würde sind. Ferner darf dabei nicht in Hautfarbe, Vermögen, Rasse, Geschlecht, Religion, Überzeugung, Herkunft oder sonstigem unterschieden werden. Es handelt sich bei der UN-Menschenrechtscharta nicht um einen rechtsbindenden Vertrag, sondern nur um eine Empfehlung.

Am Tag der Menschenrechte ist jeder dazu aufgerufen zu prüfen, ob die Menschenrechte in seinem näheren Umfeld gewahrt werden. Zu einer Verletzung der UN-Menschenrechte kommt es beispielsweise durch Diskriminierung, Intoleranz oder Freiheitsberaubung. Außerdem sollte sich jeder informieren, wie in anderen Teilen der Welt mit den Menschenrechten umgegangen wird. Ungleichberechtigung von Frau und Mann, religiöse Verfolgung oder Sklavenarbeit sind wichtige Themen in der

Arbeit von Menschenrechtsorganisationen, wie beispielsweise Amnesty International. Sie nehmen diesen Tag jedes Jahr zum Anlass, die Menschenrechtssituation weltweit kritisch zu betrachten und auf aktuelle Brennpunkte hinzuweisen. Das Europäische Parlament verleiht um diesen Tag zudem den Sacharow-Preis. Des Weiteren verleiht die Organisation Reporter ohne Grenzen deren jährlichen Menschenrechtspreis.

Ansprüche sollten einklagbar sein

Menschenrechte sind eine besondere Gattung von Recht – sowohl was ihre Begründung als auch was ihre Durchsetzung angeht. Mit „Recht“, so lautet die vermutlich kürzeste Erklärung, bezeichnen wir berechnete Ansprüche: Wer einen Schaden erleidet, hat (bei uns!) ein Recht auf Wiedergutmachung bzw. Entschädigung; wer in einem Beschäftigungsverhältnis steht und krank wird, hat (bei uns!) ein Recht auf Lohnfortzahlung. Wer Staatsbürgerin oder Staatsbürger ist, hat (bei uns!) ein allgemeines und freies Wahlrecht. Unzählige weitere solcher Beispiele könnte man aufzählen. Allen Beispielen ist gemeinsam: Dass ein Anspruch berechnete ist, ergibt und erklärt sich nicht von selbst, sondern muss von der judikativen, also Recht setzenden Gewalt im Gemeinwesen festgestellt werden. Sobald ein Anspruch berechnete ist, ist er – in seinem Geltungsbereich! – auch einklagbar.

Silvia Böhme, [neanderklinik.de](https://www.neanderklinik.de)

Infektionsschutz: Hinweise zum Verfahren

(Berlin) Der Qualitätsausschuss Pflege hat pflegfachlich orientierte Grundlagen und Verfahrenshinweise zum Infektionsschutz für Pflegeeinrichtungen erstellt. Voll- und teilstationäre Pflegeeinrichtungen sind nach dem aktuellen Infektionsschutzgesetz seit 1. Oktober dieses Jahres verpflichtet, verantwortliche Personen zu benennen, die sich u.a. um Impfung, Hygiene und Medikation bei der Pandemiebekämpfung kümmern. Die Einrichtungen mussten die Maßnahmen bis spätestens zum 1. November 2022 festgelegt haben. Sie gelten zunächst bis zum 7. April 2023. Der Qualitätsausschuss hatte die Hinweise in Abstimmung mit dem Bundesgesundheitsministerium erstellt. Die Checkliste soll die Einrichtungen dabei unterstützen. Zudem sind Vorgaben für die Dokumentation der Aufgaben enthalten.

Mit dem Zweiten Pflegestärkungsgesetz wurde die Qualitätssicherung in der ambulanten sowie der teil- und vollstationären Pflege neu organisiert; die bisherige Schiedsstelle Qualitätssicherung wurde durch den Qualitätsausschuss Pflege abgelöst.

[gs-qa-pflege.de](https://www.gs-qa-pflege.de)

Pflegefachtag

Neues aus Betreuungs- und Vollmachtsrecht

Eine Komplettreform im Betreuungsrecht und Vollmachtsrecht sowie die Einführung eines kleinen Ehegattenvertretungsrecht wird zum 1. Januar 2023 wirksam.

Zu den rechtlichen Änderungen fand eine Pflegefachtagung und Intensivschulung des Deutschen Pflegeverbandes e.V. am 6.09.2022 in Harztor in der Neanderklinik Harzwald GmbH statt. Referent war RA Hubert Klein, Hochschul-Lehrbeauftragter sowie Fachautor im Gesundheits- und FEM-Recht.

In kaum einem anderen Rechtsbereich bestehen so viele Rechtsirrtümer – und daraus folgende Rechtsverletzungen – wie im Betreuungsrecht. Schadenersatz- und Strafverfahren bleiben meist nur deshalb aus, weil auch die Angehörigen die Fehler der Ärzte und Pflegenden nicht erkennen.

Im Jahr 1992 wurde die Entmündigung „eigentlich“ abgeschafft. Aber diese gewollt dramatische Abkehr von der Vormundschaft wurde von vielen Medizinern nie sachgerecht verinnerlicht und in der Bevölkerung oft gar nicht erkannt. Das betrifft schon die Grundlage, dass ein Betreuer überhaupt nur in konkret zugewiesenen Lebensbereichen Entscheidungsbefugnis erhält. Und vor allem, dass unter Betreuung stehende Patienten, soweit ihre „Geisteskraft“ immer noch vorhanden ist, stärkere Rechte haben, als ihr Betreuer. Unaus-

rottbar ist schließlich der Irrglaube, dass nahestehende Angehörige (außer die Eltern bei Minderjährigen) ein Vertretungsrecht wegen Verwandtschaft hätten.

Zum Schutz der Patientenrechte und zum Schutz aller in Medizin und Pflege Tätigen vor einer Haftung müssen diese Irrtümer abgestellt werden. Die zum 1. Januar 2023 in Kraft tretende Struktur- und Inhaltsreform im Betreuungsrecht, v.a. der extrem komplizierte Paragraph zum kommenden Ehegattenvertretungsrecht sind eine gute Gelegenheit, durch unsere Intensivschulung Rechtssicherheit zu vermitteln.

Basiswissen und die Reformen

Ab 1. Januar 2023 kommt erstmals (!) ein Vertretungsrecht für Ehegatten. Dies gilt aber nur für medizinische Entscheidungen und nur für sechs Monate. Der hierzu neue § 1358 BGB (2023) enthält enorme sprachliche Unschärfen, aus denen Fehler und Totschlagsverfahren gegen Ehegatten und Ärzte geradezu vorgezeichnet sind.

Dem Willen von Betreuten – bei z.T. noch verbliebener Einsichtsfähigkeit –



© froxx / iStockphoto

kommt absolute Vorrangstellung gegenüber dem Willen des Betreuers zu. Selbst bei geistigem Abbau verbleibt ein Recht zur Behandlungsverweigerung. Zur dagegen gerichteten Zwangsbehandlung müssen strenge Regeln beachtet werden. Ohne Einhaltung der Formalien und ohne Einschaltung des Gerichts stellen sich dann nützliche Behandlungen aus reinen Rechtsgründen schnell als Körperverletzung (manchmal mit Freiheitsberaubung) durch den Betreuer, durch den Arzt und/oder durch die Pflegekräfte dar.

dpv-online.de

Was hat Ernährung mit Wundheilung zu tun?

(Harztor/Ilfeld) Am 19.10.2022 fand das Wundsymposium des Deutschen Pflegeverbandes e.V. „Was hat Ernährung mit Wundheilung zu tun?“ in der Neanderklinik Harzwald GmbH statt. Um die Wundheilung zu verbessern, wird seit Jahren eine angepasste Ernährung gefordert. Vor allem die besondere Rolle von Eiweiß wird betont. Doch ist es wirklich so, dass Eiweiß die Wundheilung verbessert? Welche Einflüsse haben Mikro- und Makronährstoffe tat-

sächlich auf die Heilung chronischer Wunden? Mit diesen Fragen beschäftigte sich Referent Gerhard Schröder, Leiter der Akademie für Wundversorgung Göttingen. Er erläuterte anhand von praktischen Beispielen, wie Ernährung in der Wundversorgung unterstützend eingesetzt werden kann. Schröder wies zudem darauf hin, dass die Mangelernährung trotz Adipositas ein Thema ist. Darüber hinaus ging es um die Berechnung von Bedarf und Umsetzung oraler

Ernährung. Die Teilnehmer aus verschiedenen Bundesländern frischten ihr Wissen auf und erfuhren Neues zur Wundversorgung, um Patienten und Senioren qualitätsorientiert und fachkompetent versorgen zu können.

Am 8.12.2022 findet in Harztor ein Pflegefachtag statt: „Wenn der Schmerz seinen Reiz verliert“; Bezug genommen wird auch auf die Wundversorgung.

dpv-online.de

Springer Kongress Pflege am 27. und 28. Januar 2023

Der Leitkongress für Führungskräfte in der Pflege
Berlin, Maritim pro arte Hotel

Arbeitskreis Pflege Digital
27. Januar 17.00 Uhr bis 18.30 Uhr

Moderation: Martina Röder, Harztor

Referent*innen: Jörg Besier | Dr. Frank Steinmetz, Frankfurt am Main | Teilnehmer*innen des Arbeitskreises

- Vorstellung des Arbeitskreises
 - Unser Wertesystem
 - Partizipation der Pflegepraxis in der Entwicklung digitaler Produkte: Aktuelle Probleme und mögliche Lösungen
 - Erfahrungsaustausch und Diskussion mit den Teilnehmenden
 - Arbeitskreis Pflege Digital als Plattform für den Austausch zwischen Pflegepraxis und Technologieentwicklern
- Ein Workshop der Neanderklinik Harz-wald GmbH

Aktuelles aus dem Pflegerecht
28. Januar 13.30 bis 16.00 Uhr

Moderation: Martina Röder, Harztor

Whistleblower im Gesundheitswesen

Bisherige Rechtslage, EU-Richtlinie

- Das neue Hinweisgeberschutzgesetz
- Best-Practice-Lösungen
- Verhältnis zu CIRIS

Referent: Stephan Kreuels, Münster

„Ich schaff's nicht mehr!“

- Bedingungen und Ursachen für Konflikte und Aggressionen in der Pflege

Referentin: Gabriele Tammen-Parr, Berlin

Reform und Neustruktur des Betreuungsrechts

- Ab 01.01.2023 haben die Betreuten das Sagen
- Kein „Verstecken“ mehr von Betreuten vor der Außenwelt, keine Verweigerung von Besuchen
- Erstmals Ehegattenvertretungsrecht mit § 1358 BGB: umfangreich und missverständlich

Referent: Hubert Klein, Köln

Politische Interessenvertretung im Pflegeberuf – Gemeinsam stark sein!

28. Januar 10.30 – 12.00 Uhr

Moderation: Janine Fasold-Wilms, Nürnberg

Herausforderung politische Interessenvertretung

- Der Pflegeberuf ist fachlich-inhaltlich und sektoral stark differenziert, seine Interessen werden mit Berufsverbänden, Gewerkschaften und Pflegekammern durch ganz unterschiedliche Organisationstypen vertreten
- Neu und immer stärker dabei: Initiativen der „Graswurzelbewegung“ mit



hoher Eigendynamik und geringer Institutionalisation

- Künftig also Vierklang statt Dreiklang – Wie können alle gemeinsam erfolgreich für die Stärkung des Berufsstandes arbeiten?

Diskussion und Austausch mit:

Martina Röder, Harztor
Vorsitzende des Deutschen Pflegeverbandes e.V.

Dr. Markus Mai, Mainz
Präsident der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz

Sebastian Tensing, Mainz
Geschäftsführer der ver.di Fraktion in der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz

Alexander Warnke, Berlin
Walk of Care
Ein Workshop des Deutschen Pflegeverbandes (DPV) e.V.

Weitere Informationen unter:
gesundheitskongresse.de

Auszeichnung für Irene Meyenburg-Altward

Der Deutsche Pflegeverband e.V. gratuliert Irene Meyenburg-Altward, Dipl. Pflegetechnikerin, RN, Gastprofessorin der Southern Medical University Guangzhou, China, zum 1. Preis für ihr VUCA-Poster. Es wurde von ihr zum ENDA (European Nurse Directors Association) Congress in Island (14.-17.09.2022) mit 200 Teilnehmern aus zwölf europäischen Ländern und

den USA vorgestellt. VUCA steht für Volatilität (volatility), Unsicherheit (uncertainty), Komplexität (complexity) und Ambiguität (ambiguity) und drückt aus, mit welchen Umweltbedingungen Unternehmen konfrontiert sind und daher an neuen Management-Lösungen arbeiten müssen.

enda-europe.com



DPV

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88-22
Fax: 0 26 31/83 88-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort: Pflegeleistung
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.

 twitter.com/DPV_Pflege
 facebook.com/pflegeverband

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!

DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sabine Hindrichs
Service-Point Leiterin
hindrichs.servicepoint-bawue@dpv-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Ivonne Rammoser
Service-Point Leiterin
Vorstandsmitglied des DPV e.V.
rammoser.servicepointbayern@dpv-online.de

DPV-Hauptstadtbüro Berlin DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Frankfurt

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Annemarie Czerwinski
Service-Point Leiterin
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Karl Heinz Heller
Service-Point Leiter
heller.servicepoint-he@dpv-online.de

DPV Service-Point Nord Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig- Holstein

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
dpv-servicepoint-nord@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordost (Thüringen, Sachsen-Anhalt)

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Martina Röder
Service-Point Leiterin
Vorsitzende des Deutschen Pflegeverbandes e.V.
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Sachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sandra Meyer
Service-Point Leiterin
meyer.servicepoint-sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Stephan Kreuels
Service-Point Leiter
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland- Pfalz

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Manuela Ahmann
Service-Point Leiterin
ahmann.servicepoint-rlp@dpv-online.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Melitta Daschner
Service-Point Leiterin
daschner.servicepoint-sl@dpv-online.de



Impressum

Herausgeber

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Ivonne Rammoser (V.i.S.d.P.)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-22
Fax: 02631/8388-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE
www.springerpflege.de

Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

Druckpress GmbH
Hamburger Straße 12
69181 Leimen